



Landwerke-Idee: 200 Anfragen liegen vor



Binnen weniger Tage sind zahlreiche Flächenangebote für das Gigawatt-Projekt im Freiburger Landratsamt eingegangen. Es gibt auch kritische Stimmen: Der Flächenverbrauch durch Solarparks - hier die 500-Hektar-Anlage Witznitz im Süden von Leipzig - führe oft zu Konflikten mit dem Naturschutz, erklärt der Nabu Sachsen.

FOTO: JAN WITAS/OPA



Landrat Dirk Neubauer (l.) hatte am 5. April mit Meyer-Burger-Vertriebsleiter Sven Stoffers (M.) und Felix Rodenjohn, Geschäftsführer einer Dortmunder Beratungsfirma, die Landwerke-Idee vorgestellt.

FOTO: ECKARDT MILDNER

Der Vorschlag, in Mittelsachsen auf insgesamt 1000 Hektar Photovoltaik-Anlagen zu errichten, findet viel Beifall. Flächenangebote von über 200 Hektar liegen vor. Doch es gibt auch Fragezeichen.

VON STEFFEN JANKOWSKI

FREIBERG – Für die Idee, unter dem Dach neu zu gründender Landwerke in Mittelsachsen auf 1000 Hektar Photovoltaikanlagen zu errichten, liegen Flächenangebote von „etwas mehr als 200 Hektar“ vor. Das hat Landrat Dirk Neubauer (parteilos) am Donnerstag in einer Reaktion auf einen Online-Bericht der „Freien Presse“ erklärt. Es handele sich zum großen Teil um Gebiete entlang von Autobahnen und Bahnstrecken, so der Chef der Kreisbehörde, die per Gesetz für PV privilegiert seien. Er habe mehr als 200 Kooperationsan-

fragen, könne aber über Verträge ohne Unterschrift nicht reden. „Klimaschutz steht weit über Artenschutz“, erklärte Neubauer zur Kritik von Naturschützern, Flächenverbrauch sei die wesentliche Ursache für das Artensterben.

Die „Freie Presse“ hatte berichtet, dass eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energien auch in Mittelsachsen von vielen Fachleuten begrüßt werde. Die von Neubauer anvisierte Spitzenleistung von einem Gigawatt könnte rein rechnerisch den gegenwärtigen Strombedarf aller privaten Haushalte im Landkreis decken. Jedoch sind dazu noch viele Fragen offen.

Eine strikte Ablehnung kommt vom Naturschutzverband Sachsen und der Grünen Liga Sachsen. Angesichts der Biodiversitätskrise sei es unverantwortlich, erklärt Tobias Mehnert als Vorsitzender beider Vereine, „1000 Hektar bisher unverbauter Landschaft einer fixen Idee wegen opfern zu wollen.“ Meyer Burger habe entschieden, den Standort Freiberg zu schließen, fährt Mehnert fort. Daran ändere auch das Gigawatt-Projekt des Landrates nichts. Neubauer hatte ursprünglich die

Hoffnung genährt, mit den Landwerken auch den Solarmodulhersteller in Freiberg halten zu können. „Mit Aktionismus und öffentlicher Show löst man nicht die Probleme auf dieser Erde. Mit dauerhaftem Engagement und Sachverstand dagegen schon“, erklärt Mehnert. Seiner Ansicht nach wäre der Landrat gut beraten, „zum Beispiel endlich die Abholzungen im europäischen Schutzgebiet in Lichtenwalde kritisch aufzuarbeiten. Dies ist zwar nicht so medienwirksam, dafür aber für die Natur des Landkreises umso bedeutsamer.“

Weniger drastisch hat der Freiburger Oberbürgermeister sein Aber formuliert. „Ich bin nicht für großflächige PV-Anlagen auf gut nutzbaren landwirtschaftlichen Flächen“, hatte Sven Krüger (parteilos) kürzlich auf einem Infoabend zum Klimaschutzkonzept für die Kreisstadt erklärt. Er sei für Dach-PV und So-

lar-Carports, so der Rathauschef, „um bereits versiegelte Flächen zu nutzen und Neuversiegelungen zu vermeiden“. Er hätte erwartet, sagte Axel Schneegans als Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Freiberg, dass die vor Ort für die Energieversorgung verantwortlichen Fachleute einbezogen werden. „Das sei bislang aber nicht geschehen.“

Eine ähnliche Kritik kommt von der Bürgerenergiegenossenschaft Rossau: „Zur Wertschöpfung in der Region gehört auch“, so Kristina Wittig vom Vorstand, „dass die Projektierung vor Ort erfolgt.“

Seitens der Kreisbehörde heißt es dazu, die Pressekonferenz am 5. April sei der Auftakt gewesen. „Alle Interessierten sind eingeladen, sich am Projekt zu beteiligen“, teilt Pressesprecher André Kaiser auf Anfrage mit.

Stadtwerke-Chef Schneegans weist darauf hin, dass sich bereits

mehr als 100 Hektar PV-Flächen im Umland von Freiberg in Planung befänden: „Der Anschluss weiterer Anlagen in der angestrebten Größenordnung an die bestehende Leitungsinfrastruktur wird die Netzbetreiber jedenfalls vor größte Herausforderungen stellen und dürfte in den angestrebten Fristen kaum möglich sein.“ Zudem trete der Landkreis in Konkurrenz zu den bestehenden Versorgern.

Ein Argument ist auch, dass die Solarstromernte zu Lasten der Bauern gehe. Die Planungen von Photovoltaikanlagen auf Landwirtschaftsflächen seien sprunghaft angestiegen, heißt es im aktuellen Agrarbericht der Staatsregierung, „und tragen zur Nachfrage nach Landwirtschaftsflächen und auch zur Preissteigerung bei.“ Für die Landwirtschaftsbetriebe werde der Boden deshalb teurer: „Sowohl beim Kauf als auch bei der Pacht.“ jän